

Datum: 17.11.2006

Unterschrift

Amt: Hauptamt

Verantwortlich: Häußermann, Siegfried

Aktenzeichen: 200.25

Vorgang: Drucksache 073/2004 – GR-Sitzung 04.05.2004  
Drucksache 138/2004 – GR-Sitzung 28.09.2004  
Drucksache 149/2004 – GR-Sitzung 23.11.2004  
Drucksache 046/2005 – GR-Sitzung 19.04.2005  
Drucksache 057/2005 – GR-Sitzung 28.06.2005  
Drucksache 041/2006 – VA-Sitzung 14.03.2006  
Drucksache 105/2006 – VA-Sitzung 18.07.2006

**Beratungsgegenstand**

**Ganztageschule in Reichenbach an der Fils**  
**- Bericht vom Arbeitskreis "Ganztageschule"**  
**- Vorstellung der Raumalternativen**  
**- Anträge der SPD-Fraktion**  
**- weiteres Vorgehen**

**Gemeinderat****21.11.2006 öffentlich****beschließend**

Anlagen:

- Protokoll der 2. Arbeitssitzung des Arbeitskreises „Ganztageschule“
- Alternativen der Raumplanungen
- Anträge der SPD-Fraktion

**Finanzielle Auswirkungen:**

Haushaltsstelle: 2.2911.9400.000-0001

Haushaltsansatz: 15.000 €

**Beschlussvorschlag:**

1. Von der Sachdarstellung wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt für die Raumalternativen Kostenhochrechnungen erstellen zu lassen.
3. Die SPD-Anträge sind beantwortet.
4. Die Verwaltung wird beauftragt die Einführung der Ganztageschule fortzuführen.

## **Sachdarstellung:**

Am 16. November 2006 hat die zweite Sitzung des Arbeitskreises „Ganztagesesschule“ stattgefunden. Ein Kurzprotokoll des Sitzungsergebnisses ist als Anlage beigefügt.

Unter anderem wurden 2 alternative Fortschreibungen der Raumplanungen vorgestellt.

Alternative 1 zeigt die Ganztagesesschule verteilt auf zwei Ebenen auf.

Im Erdgeschoss wird ein Mehrzweckraum geschaffen, der von der Bücherei abgetrennt wird, im Untergeschoss ist der Gymnastikraum zum einen für Bewegungsaktionen der Ganztagesesschule vorgesehen, zum anderen als Raum für Dritte gedacht, der entweder über die Räumlichkeiten der Ganztagesesschule oder über einen neu zuschaffenden Zugang direkt von außen betreten werden kann.

Bei der Planung 2 wird die Bücherei komplett in die Untergeschossräumlichkeiten verlegt, wobei die öffentlichen Flächen der Bücherei dadurch vergrößert werden können, zusätzlich kann ein Lesegarten entstehen und die derzeitigen Lagerräumlichkeiten der Bücherei könnten im ehemaligen Heizraum der Realschule untergebracht werden.

Der Arbeitskreis „Ganztagesesschule“ hat sich einheitlich für Lösung 2 ausgesprochen.

Diese Lösung 2 hat gegenüber der Lösung 1 folgende Vorteile:

- Zusammenhängende Räume auf einer Ebene (Bücherei im UG der Realschule, Ganztagesesschule im EG der Realschule)
- Bücherei hat im Vergleich zur jetzigen Lösung größere Räume mit zusätzlichen Lagerflächen im ehemaligen Heizraum
- Bücherei hat zusätzliche Erweiterung und Attraktivität im geplanten Lesegarten
- In den Büchereiräumen kann die Betreuung der Ganztagesesschule mit durchgeführt werden; ggf. mit anderen oder erweiterten Öffnungszeiten
- Im EG kann der Bewegungsraum so geschaffen werden, dass dieser durch einen separaten Außeneingang durch Dritte (Bsp. Vereine oder Organisationen) außerhalb der Ganztagesesschule unabhängig genutzt werden kann.

Es wird vorgeschlagen, für beide Planungsvarianten eine Kostenhochrechnung zu erstellen.

### Antrag der SPD-Fraktion zum Mensabetrieb:

Als Anlage ist der Antrag der SPD-Fraktion zum Mensabetrieb beigefügt.

Grundsätzlich können die Eltern halbjahresweil für Ihre Kinder ein Mittagessen an definierten Tagen buchen.

In diesem Fall erhalten die Kinder einen Mensaausweis, damit sie sehr schnell und reibungslos zu ihrem regelmäßigen Essen kommen.

Weiter haben die Kinder die Möglichkeit spätestens einen Tag vorher beim Sekretariat der Lützelbachschule und Brunnenschule, bzw. bei der SMV der Realschule ein Essensmärkchen zu erwerben, mit dem sie in der Mensa kurzfristig ein Essen erhalten. Aufgrund des höheren Verwaltungsaufwands sowohl bei den Schulen, als auch bei der Ganztagesesschule, kostet dieses Essen anstelle von derzeit 3,00 € : 3,20 €.

### Antrag der SPD-Fraktion zum Thema offene Ganztagesesschule:

Dieser Antrag ist ebenfalls als Anlage beigefügt.

Die Landesfinanzierung hat im Rahmen der Diskussionen zur Einführung der Lehrerstunden die Regelung getroffen, dass mit der Einführung der offenen Ganztagesesschule in bestimmten Fällen die Landeszuschüsse für die Verlässliche Grundschule gekürzt werden.

Die Kürzung erfolgt dann, wenn für die gleiche Schulart Zuschüsse aus mehreren Landestöpfen beantragt werden.

Insbesondere sind hier die Grundschulen betroffen, da die Gemeinde Reichenbach an der Fils für die Grundschulen derzeit Landeszuschüsse für den laufenden Betrieb der Verlässlichen Grundschule erhält.

Wenn für die Grundschulen zusätzlich Lehrerstunden beantragt und bewilligt werden, so fallen automatisch die seitherigen Zuschüsse für die Verlässliche Grundschule weg.

Aus diesem Grund hat die Verwaltung nur Lehrerstunden für die Realschule und die Haupt- und Werkrealschule beantragt, jedoch nicht für die Grundschulen.

Die Fraktionen haben bereits eine Mehrfertigung der im Verwaltungsausschuss am 18. Juli 2006 vorgestellten Konzeption der Ganztagesesschule erhalten, in der der Personalbedarf der Ganztagesesschule dargestellt ist.

Auszüge aus dieser Konzeption sind als Anlage beigefügt, die den Personalbedarf der Ganztagesesschule in Stunden darstellt.

Diese Übersicht stellt eine Hochrechnung des Stundenumfangs pro Tag bei 40 Kindern dar. Welche Kinder letztendlich für die Ganztagesesschule angemeldet werden und wie die Schulen sich entsprechend dieser Anmeldungen einbringen werden, wird Thema der nächsten Arbeitskreise „Ganztagesesschule“ sein, deren Ergebnisse dem Gemeinderat zur Information vorgelegt werden.

Die Zahl der Jugendbegleiter und Lehrbeauftragten kann derzeit noch nicht genannt werden, es ist jedoch erfreulich, dass sowohl Vereine, als auch Bürgerinnen und Bürger sich für die Durchführung dieser Aufgaben bereits gemeldet haben.

Die Frage 3 des SPD-Antrags bezieht sich auf die Tatsache, dass für die Grundschulen ebenfalls Lehrerstunden beantragt worden wären; in diesem Fall würden Landeszuschüsse von ca. 16.000 € wegfallen, die Elternbeiträge, die derzeit ebenfalls ca. 16.000 € betragen, müssten folglich um 100 % erhöht werden, um die fehlenden Landesmittel zu ersetzen.